

gelesen

Klaus Hornung

Herbert Schneider:
Ministerpräsidenten. Profil eines politischen Amtes im deutschen Föderalismus. Unter Mitarbeit von Michael Haus, Steffanie Richter und Klaus Schrode. Verlag Leske und Budrich, Köln 2001. 434 Seiten, 36,90 Euro, ISBN 3-8100-3030-9.

Das föderalistische Modell politischer Ordnung hat in Europa seit 1945 eine eigentümliche Geschichte gehabt. Der politische Wiederaufbau nach dem Zweiten Weltkrieg geschah im westlichen Teil des Kontinents weitgehend im Zeichen des unitarischen Zentralstaates, von den totalitär-zentralistischen Diktaturen im östlichen Teil ganz abgesehen. Die aus vielen Motiven, historischen, demokratietheoretischen und besatzungspolitischen, erwachsende Bundesrepublik Deutschland war – neben dem schweizerischen Bundesstaat – die Ausnahme. Seit den siebziger Jahren entfaltete sich dann aber, nicht zuletzt reziprok zur

europäischen Einigung und zu den immer stärkeren Tendenzen der Globalisierung, eine gegenläufige Tendenz. Gerade in Italien, Frankreich und Spanien stieß die unitarische Ordnung an ihre Grenzen, gewannen föderalistische und regionalistische Modelle Konjunktur, wurde der deutsche Föderalismus zu so etwas wie einem politischen Vorbild und „Exportgut“.

Umgekehrt meldeten in der Bundesrepublik zentralstaatliche Erfordernisse ihre Ansprüche an. Aus dem viel geprägten „kooperativen Föderalismus“ der frühen Bundesrepublik entstand ein heute unentwirrbares „Verbund- und Verflechtungssystem“ von Bund und Ländern; Kompetenzabgaben der Länder an den Bund verminderten deren politisches Gewicht, wohl auch deren demokratische Legitimation, was sich nicht zuletzt in der heute unverkennbaren Abwertung der Landtage niederschlägt. Inmitten dieser Gewichtsverschiebungen stand und steht die Institution der deutschen Länderministerpräsidenten.

Erstaunlicherweise zeigte sich aber gerade hier eine politikwissenschaftliche Forschungslücke, die den Autor zur vorliegenden Untersuchung veranlasst hat. Entstanden ist ein wahres Kompendium des Themas, an das alle weitere politikwissenschaftliche Arbeit wird anschließen müssen. Das Forschungsteam unter der Leitung des Heidelberger Politikwissenschaftlers Herbert Schneider hat dazu ein breites Methodenarsenal genutzt, den standardisierten Fragebogen an ehemalige und aktuelle Amtsinhaber ebenso wie persönliche Interviews mit ihnen und natürlich die Auswertung einer umfangreichen einschlägigen Literatur über Parteien und Verbände auf Länderebene, über die Arbeit und Funktion der Staatskanzleien mit ihrer Koordinierungs-, Grundsatz- und Planungs- sowie Presse- und Öffentlichkeitsfunktion.

Schneiders abgewogene Betrachtungsweise geht es nicht zuletzt um eine Korrektur des verbreiteten Bildes der Ministerpräsidenten als „Provinzpolitiker“. Der Autor versteht sie vielmehr als wichtigen Teil der politischen Funktionselite der Bundesrepublik Deutschland. Das Amt hat sich nicht nur – von Kurt Georg Kiesinger und Willy Brandt bis zu Helmut Kohl und Gerhard Schröder – zum Reservoir und zur „Vorschule“ für das Kanzleramt entwickelt. Gerade die bedeutenderen Landesfürsten haben auch dazu beigetragen, dass sich die deutschen Länder – entgegenläufig zum Trend des Kompetenzverlustes durch das bundesrepublikanische „Politikverflechtungssystem“ von Bund, Ländern, Parteiführungen, Verbänden und Gemeinden – eigene politische Gestaltungsräume erhalten oder neue erschließen konnten, im klassischen Kompetenzbereich der Bildungs-(Schul-

und Universitäts-)Politik ebenso wie etwa in den neuen Feldern der Medien- und Standortpolitik. Gerade diese neuen Politikbereiche wurden von den Ministerpräsidenten als Möglichkeiten der Profilierung als „Landesfürsten“ erkannt und genutzt und haben damit auch den Föderalismus gestärkt. Neben der Wirtschaftspolitik (Standorte) war und ist es auch die Europapolitik, in der die aktiven Ministerpräsidenten Kompetenz erwerben und darstellen können.

Gleiches gilt für die Bemühungen um historisch-politische Landesidentität, Kultur und Kunst. Schneider hebt zu Recht etwa die vom einstigen baden-württembergischen Ministerpräsidenten Hans Filbinger initiierte große Stauferausstellung in Stuttgart oder das Sommer-Musikfestival im Land der Ministerpräsidentin Heide Simonis hervor. Dass auch die neuen Länder im Osten Erfolg hatten mit der Wiederer-

weckung ihrer spezifischen Landesidentität, war ein nicht geringes Pfund der inneren Stabilisierung in der freiheitlichen Demokratie. Gerade auch diese Bereiche sind zu wichtigen „Standortfaktoren“ geworden.

Dies zu sehen und zu betonen ist Teil des impliziten Plädoyers des Autors für eine auch von ihm als dringlich angesehene Revitalisierung des deutschen Föderalismus, anstehender Reformnotwendigkeiten, die freilich auch eine ernsthafte Neuverteilung der Gesetzgebungsbefugnisse zwischen Bund und Ländern anstreben müssen, die Rückverlagerung mancher Kompetenzen von dort nach hier. Andernfalls würden die Länder in der „Föderalismusfalle“ des bundesdeutschen korporatistischen „Verflechtungs- und Verhandlungssystems“ früher oder später absterben, was wiederum eine gefährliche Signalwirkung für die Nachbarn und für Europa hätte.

Kanzler der Bosse

„Bei Lichte betrachtet interessiert sich Schröder überhaupt nicht für Wirtschaft, nur für Betriebe, richtiger: für Konzerne. Je größer, desto besser. Deren schillernde Bosse liebt er, deren schicke Autos streichelt er.“

Marc Beise am 20. März 2002 in der Süddeutschen Zeitung